

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)58

13. Oktober 2022

Stellungnahme Dr. sc. Stefan Bollinger

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische
Transformation
BT-Drucksache 20/1764

Dr. Stefan Bollinger
Sachverständiger für die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Berlin, 10.10.2022

Gutachterliche Stellungnahme zur Einrichtung eines "Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation"

Die Einrichtung eines "Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" ist grundsätzlich zu begrüßen, weil sie einen entscheidenden Einschnitt in der jüngeren deutschen Geschichte dokumentiert, weiter erforscht und öffentlichkeitswirksam vermitteln will.

Das heutige Datum und die anvisierte zeitliche Dimension bis 2028 einen Standort gefunden und gar eine bauliche Hülle errichtet zu haben könnte positiv gelesen werden als die Einsicht in die generationsübergreifende zeitliche Dimension der Herstellung der Einheit, weniger wohlwollend als Zeichen des Versagens vor den Problemen des Zusammenwachsens, die in den letzten Jahren erst durch das Aufkommen einer Partei manifest geworden sind, die schwerlich in das demokratische Spektrum hineinzupassen schein.

Dass eine solche Entscheidung 32, 33 Jahre nach den historischen Ereignissen 1989/90, die zur Deutschen Einheit führten, beraten und hoffentlich auch getroffen wird weist allerdings auf die Defizite der Auseinandersetzung mit den Chancen, aber auch Problemen der Deutschen Einheit hin. Diese bestimmen bis heute – und auf längere Sicht auch weiterhin - die politische Kultur in Deutschland. Das betrifft sowohl den Umstand, dass diese Einheit offensichtlich noch lange nicht vollendet ist, die Angleichung der Lebensverhältnisse immer noch aussteht, dass gewollt oder ungewollt immer noch zwei Gesellschaften in Deutschland nebeneinander existieren, dass grundsätzliche Verständigungen über ein gemeinsames Verständnis von Demokratie und die Akzeptanz von Lebenserfahrungen bislang nur in rudimentärer Form existieren und eher skandalisiert als produktiv genutzt werden.

Zudem ist die Annäherung der beiden Landesteile immer noch vornehmlich eine ostdeutsche Angelegenheit. Die Ostdeutschen haben als Urlauber, Auszubildende, als Pendler wie als Arbeits-Migranten ausgiebig und meist aufgeschlossen den Westteil der Republik kennengelernt. Die Erfahrungen vor Ort und über die Jahrzehnte sind auch widersprüchlich, aber für beide Seiten auch produktiv,

Aber umgekehrt haben die Ostdeutschen im Osten Westdeutsche mit ganz unterschiedlichem Anspruch kennengelernt: Als Helfer und engagierte Investoren, als Kapitaleigner, die auf schnellen Gewinn aus sind, wie auch als diejenigen, die die lukrativen Stellen in Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Hochschule, Rundfunk und in den Medien beanspruchen. Ein äußerst widerspruchsvoller Prozess, der bei den Ostdeutschen zu neuen Einsichten, aber auch erneuerten Vorbehalten geführt hat. Es ist ein Anspruch, weiter ins Gespräch zu kommen, aber nicht nur die meist einseitige Erzählung von Biographie zu beschwören, sondern das gemeinsame Reden über das Gestalten von Gegenwart und Zukunft, über demokratisches Handeln, über soziales Zusammenleben, nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften, über das Bewahren und Verteidigen des Friedens.

Eine solches "Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" steht vor mehrererlei Aufgaben:

Erstens muss der Prozess der Herstellung der Deutschen Einheit, so erfolgreich er in mancher Hinsicht war, in seiner Widersprüchlichkeit gezeigt werden. Da ist einerseits der Wille vieler politisierter DDR-Bürger – von den Bürgerbewegungen bis zum kritischen Teil der SED –, die eine erneuerte DDR, einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" wollten. Sie hatten lange nicht die nationale Frage, geschweige denn die staatliche Einheit auf dem Schirm. Diese Teile der DDR-Bevölkerung hatten mit dem Wahlergebnis vom 18. März 1990 nicht den Weg in die Einheit verbunden und gingen davon aus, wenn der Mehrheitswille der anderen politischen Parteien unter Führung der Allianz für Deutschland dies wollte, dass dies ein Prozess auf Augenhöhe zwischen Ost- und Westdeutschen werde. Sie hofften auf eine Einheit, in der viele Erfahrungen auch der "friedlichen Revolution", aber auch der DDR eingehen würden. Sie haben dies im Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom 6. April 1990 auch versucht auf den Punkt zu bringen. Andererseits haben die Parteien der Allianz und – eher verhalten die SDP/SPD – diese Prozesse der Herstellungen der Einheit forciert. Deutlich werden muss der Anteil der bundesdeutschen staatlichen, parteilichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen, die spätestens seit November 1989 die politischen Meinungsbildung in der DDR dominierten und insbesondere in den Allianz-Parteien Partner fanden, die dieser westdeutschen Beratung positiv gegenüber standen.

Überhaupt müsste genauer danach gefragt werden, wie die Parteien der revolutionären Noch-DDR ihren Weg in eine gesamtdeutsche Parteienlandschaft fanden, wie gleichberechtigt oder westlich dominiert die in 1990 vollzogene Herstellung auch der Einheit von Parteien sich vollzog – in dem ganzen Spektrum von CDU bis Bündnisgrün, mit den unterschiedlichen Ansätzen und Resultaten. Das schließt auch die Westausdehnung der PDS und der künftigen Partei Die Linke ein.

Zweitens sollte ein wichtiges Arbeitsfeld der Vollzug der politischen und verwaltungstechnischen wie rechtlichen Einheit darstellen. Es ist genauer zu zeigen, wie der personelle Transfer westdeutscher Verwaltungsfachkräfte, aber auch Politiker die Dynamik der ostdeutschen Entwicklung beeinflusst hat, aber auch jene Verwerfungen begünstigte, die die autochthonen Ostdeutschen bis heute in Führungspositionen von Staat, Zivilgesellschaft, Universitäten und Bundeswehr von einer wirklichen Repräsentanz entsprechend ihrer Bevölkerungsmehrheit fernhält und abgesehen von den denkwürdigen Erfahrungen mit einer DDR-sozialisierten Bundeskanzlerin und eines ebensolchen Bundespräsidenten den Anteil Ostdeutscher im gesamtdeutschen Rahmen gering hält.

In diesem Kontext ist auch zu thematisieren, wie der beispiellose Kraftakt der Übernahme des alten bundesdeutschen Rechts und der westlichen bewährten Strukturen insgesamt einen Erneuerungsprozess Gesamtdeutschlands verzögerte. Denn Reformdiskussionen prägten die späten 1980er Jahre der alten BRD nachdrücklich. Nun aber ließ der Glückmoment der Einheit und des Scheiterns des DDR-Realsozialismus die unperfekte Bundesrepublik zum zunächst nicht hinterfragbaren Gegenentwurf aufsteigen, der widerspruchslos anerkannt werden sollte und von den neuen ostdeutschen politischen Eliten auch dankbar übernommen wurde. Und der zunächst als funktionierendes Staats- und insbesondere Sozialstaatswesen auch von vielen Ostdeutschen begrüßt oder zumindest akzeptiert wurde. Bis die Einheitswirtschaftskrise ab 1992/93 auch sie wieder ernüchterte, nicht nur, weil die die versprochenen "blühenden Landschaften" nur in der Natur, nicht aber in der Wirtschaft zu finden waren.

Drittens ist genauer der Prozess der wirtschaftlichen Transformation der ostdeutschen Wirtschaft herauszustellen. Dazu gehört eine nüchterne Bestandaufnahme dessen, was die DDR in die Einheit wirtschaftlichen wie sozial einbrachte, genauer nach den Fehlentscheidungen des wirtschaftlichen Einheitsprozesses zu fragen und vor allem die Arbeit der Treuhandanstalt zu beleuchten, die eigentlich antrat, das DDR-Volkseigentum tatsächlich in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu geben. Das betrifft also den gesamten Prozess der Privatisierung, der Suche nach Investoren, das

Verscherbeln von Unternehmen, das betrifft die kriminellen Machenschaften einzelner, aber auch die Erfolgsstory mancher wirtschaftlichen Entscheidungen. Zu analysieren ist die Eigentumsstruktur der in der Einheit angekommenen ostdeutschen Wirtschaft und die sozialen Folgen der mehr oder weniger Schocktherapie, die mit millionenfacher Arbeitslosigkeit einherging. Hier sind die Leistungen des nun gesamtdeutschen Sozialsystems ebenso zu würdigen wie das Engagement, der Einsatz, die Flexibilität der Mehrheit der ostdeutschen Mitbürger, die auch in der gesamtdeutschen Gesellschaft in Wirtschaft eingegliedert haben. Dazu gehört auch die Millionenfache innerdeutsche Migration von Ex-DDR-Bürger in Richtung Westen, um der Arbeit nachzufolgen. Aber ebenso die zahlmäßig kleinere, aber oft wirtschaftlich erfolgreiche Migration Westdeutscher in den Osten.

Der Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und die letztlich Überwindung der Krisenprozesse – bei aller fortdauernden Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft im Vergleich zur westdeutschen – ist trotzdem eine Erfolgsgeschichte, die sicher auch das Engagement und den Einsatz westdeutscher und ausländischer Investoren geschuldet ist. Vor allem ist es aber der Nachweis, dass ostdeutsche Beschäftigte und Manager sich auch unter radikal anderen wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen zurechtfinden und behaupten konnten, so sie den entsprechenden Spielraum bekamen. Dazu gehört auch die Rolle der Wirtschaftskontakte in Richtung Osteuropa und Russlands.

Herauszustellen wäre die Pionierrolle des Ostens als Experimentierfeld des Übergangs zur eher neoliberalen Ausgestaltung des Wirtschaftslebens mit seinen Konsequenzen für die gesamtdeutsche Entwicklung.

Viertens gehört zu den unbedingt darzustellenden Erfahrungen der frühen Wende- und Transformationsjahre unbedingt auch der Kampf ostdeutscher Belegschaften und der nun gesamtdeutschen Gewerkschaften gegen die oftmals blauäugige Privatisierungs- und Stilllegungspolitik der Treuhand, die nicht selten den Eindruck erweckte, dass sie eher westdeutsche Interessen bedient. Die spektakulären Auseinandersetzungen um den alten DDR-Kalibergbau, die Streiks und Hungerstreiks der Kumpel von Bischofferode sind hier wichtiges Beispiel. Es wirft auch die Frage auf, inwieweit die Gewerkschaften – auch hier stark westdeutsch dominiert – eine wichtige Rolle für einen letztendlich akzeptablen Transformationsweg des Ostens gespielt haben und spielen, trotz der ostdeutschen Strukturschwächen.

Fünftens sollte eine übergreifende Fragstellung eines solchen "Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" die Frage einer gemeinsamen ost-west-deutschen Auseinandersetzung mit der Geschichte, insbesondere der Zeit der Spaltung und Systemkonkurrenz sein. Dazu gehört das Akzeptieren eine deutsch-deutschen Doppelbiografie von zwei sicher sehr unterschiedlichen, aber doch miteinander auf Gedeih und Verderb verwobenen, konkurrierenden, sich bekämpfenden und doch immer wieder auch brauchenden Teilstaaten, sicher abhängig von ihren jeweiligen Führungsmächten und Bündnissen, aber auch mit Eigeninteressen und eigenen Spielräumen, die in der BRD größer, in der DDR enger gestaltet waren.

Zu einem solchen Verständnis von Doppelbiografie gehört auch das Akzeptieren der "ostdeutschen Lebensleistungen", wie es heute gerne heißt, vor allem der Blick auf das, was in der DDR geleistet wurde, was von den Beschäftigten umgesetzt werden konnte, was in den staatlichen Zielen für die Bürger und Bürgerinnen angestrebt wurde, natürlich auch mit dem Blick auf Defizite und Fehlentwicklungen, auf Grenzen von Demokratie und undemokratische Repression. Dazu gehört selbstredend auch der Blick auf jene Bereiche der DDR-Gesellschaft, die in der einen oder anderen Weise als ein positives Erbe in den Einigungsprozess eingehen hätten können oder heute gelegentlich durch die Hintertür übernommen werden – von der Rolle der Frauen und ihrer Gleichberechtigung, dem Paragraphen 218, dem umfassenden ganztagsorientierten Bildungssystem mit seinen

ideologischen Zwängen wie seinen nachahmenswerten Strukturen und Inhalten, dem Gesundheitswesen, dessen legendäre "Schwester Agnes" heute seine Wiederkehr als "Arztentlastende Gemeindenahe E-Health-gestützte Systemintervention" (AGnES) erlebt.

Sechstens ist der Vorschlag zu unterstützen, weil ein solches "Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation" ein Beitrag zur Formulierung von Ostinteressen sein kann, über das hinaus, was Parteien wie einst die PDS als Kümmererpartei versuchten, was heute teilweise verbal von der AfD übernommen worden ist. Es kann eine Unterstützung ostdeutscher Wirtschaftsstrukturen sein, wo sich z.B. junge ostdeutsche Unternehmerinnen und Unternehmer als "3. Generation Ost" profilieren.

Das wirft auch die Frage auf, nach welchen Kriterien das wissenschaftliche und sonstige Personal eines solchen Zentrums auszuwählen ist. Eine Verankerung in der ostdeutschen Erfahrungswelt, auch die ausgewogene Mischung mit Kollegen verschiedener, also auch westlicher Bundesländer, ist dabei ebenso von Interesse wie der Moment der politischen oder parteipolitischen Einflussnahme auf Gremien und Personal.

Siebtens ist es wichtig, den Blick auf den gesamten osteuropäischen Transformationsprozess zu erweitern, der manch ähnliche und viele abweichende Erfahrungen im Vergleich zu dem deutschen Prozess aufweist. In Deutschland stand ein erfolgreicher und starker Staat mit gleicher Sprache bereit und konnte massiv wirtschaftlich in diesen Prozess im Osten eingreifen, mit allen Vorzügen wie Nachteilen. Er hatte den Vor- und Nachteil, den auch von nicht wenigen Ostdeutschen in Wendezeiten gewünschten radikalen Elitenwechsel vorzunehmen, was den Osteuropäern verwehrt blieb, ihnen aber die Chance bot, selbst umzulernen und sich zu beweisen. Nicht alle nationalen Aufbrüche haben wie in Deutschland zu einem Einheitsstaat geführt, andere Staaten haben sich desintegriert bzw. sind gewaltsam zerfallen. Die Entfesselung nationaler Gefühle ist in manchen Staaten des Ostens – wie wir allerdings auch im Westen es erleben müssen – zu blankem und konfrontativem Nationalismus konvertiert.

So gesehen könnte das deutsche Beispiel auch helfen. Allerdings sollte es kein Ausweichen auf die europäische Ebene geben, weil die innerdeutschen Probleme momentan noch drängender sind und das Zusammenwachsen dessen was zusammengehören soll lange nicht angeschlossen ist. Der Blick auf andere Einheitsstaaten, egal ob Spanien mit seine Katalanen, Italien mit seinen Korsen, Kanada mit seinem Quebec oder Großbritannien mit seinen Schotten, Iren, Walisern sollten daran erinnern, dass dies eine auf für viele Generationen schwer lösbare Aufgabe ist. Der anhaltende Erfolg hängt letztlich vom Wohlstand der Menschen und ihrem Wissen wie Erleben ab, dass sie gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger eines gemeinsamen Staates sind, den sie demokratisch gestalten können.